

Landtag Nordrhein-Westfalen

14. Wahlperiode

Gesetzesdokumentation

Archiv-Signatur: LTNRW 19 A 0303/14/155

G e s e t z

zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des
Ministerpräsidenten

vom 09. Juni 2009

Bearbeitet von der Landtagsdokumentation

Inhalt

Vorwort V

Gesamtverzeichnis der Materialien VII

Materialdokumentation

Beratungsunterlagen und Protokolle 1

Beratungsergebnis 29

Gängige Abkürzungen:

APr	Ausschussprotokoll
Drs	Drucksache
GesDok	Gesetzesdokumentation
GV.NRW	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
Inf	Information
Ltg.NRW	Landtag Nordrhein-Westfalen
NöAPr	Nicht öffentliches Ausschussprotokoll
PIPr	Plenarprotokoll
Stgn	Stellungnahme
Vorl	Vorlage

Vorwort

Die Gesetzgebung ist eine der wichtigsten Aufgaben des Parlaments. Die einschlägigen Regelungen dazu finden sich im Dritten Teil der Landesverfassung sowie in der Geschäftsordnung des Landtags NRW.

Aus diesem Grunde stellt der Landtag Nordrhein-Westfalen seit Anbeginn seiner Arbeit 1946 zu allen vom Landtag verabschiedeten Landesgesetzen sogenannte Gesetzesdokumentationen in Buchform bereit.

Eine Gesetzesdokumentation enthält in chronologischer Folge die Beratungsunterlagen, Protokolle, Beratungsergebnisse und die weiteren Materialien zum jeweiligen Landesgesetz.

Enthalten sind z.B. der Gesetzentwurf mit der Gesetzesbegründung, die Plenar- und Ausschussdebatten, die Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, etwaige Änderungsanträge, Stellungnahmen von Sachverständigen, Vorlagen von Ministerien und die gültigen Gesetzesfassungen.

Die Materialien einer Gesetzesdokumentation sind neben allen anderen Parlamentspapieren des Landtags NRW über die Datenbank der Landtagsdokumentation erschlossen und wieder auffindbar.

Ein Großteil der in der Gesetzesdokumentation kompilierten Dokumente ist auch über das im Internet angebotene Dokumentenarchiv zugänglich.

Die Datenbank und das Dokumentenarchiv sind recherchierbar unter:

<http://www.landtag.nrw.de>

Landtag Nordrhein-Westfalen
Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf

Beratungsunterlagen und Protokolle

Landesregierung Nordrhein-Westfalen
Gesetzentwurf vom 22.04.2009

Drucksache
14/9022

1

Landtag Nordrhein-Westfalen
122. Sitzung am 06.05.2009
1. Lesung
zu Drs 14/9022

Plenarprotokoll
14/122
S. 14089, 14205

11, 13

Hauptausschuss
63. Sitzung am 19.05.2009
(öffentlich)
zu Drs 14/9022

Ausschussprotokoll
14/889
S. 1, 3

15, 17

Hauptausschuss
Beschlussempfehlung und Bericht
vom 20.05.2009

Drucksache
14/9277

19

Landtag Nordrhein-Westfalen
124. Sitzung am 27.05.2009
2. Lesung
zu Drs 14/9022

Plenarprotokoll
14/124
S. 14335, 14462

25, 27

Beratungsergebnis

<u>Landtag Nordrhein-Westfalen</u> Gesetzesausfertigung der Landtagspräsidentin vom 27.05.2009	Gesetz 14/155	29
<u>Landesregierung Nordrhein-Westfalen</u> Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen vom 30.06.2009	2009, Nr. 16 S. 327, 328	33, 35
<u>Landesregierung Nordrhein-Westfalen</u> Berichtigung Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.2009	2009, Nr. 17 S. 349, 378	37, 39

22.04.2009

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministerpräsidenten

A Problem

Aufgrund der normierten Verfallsdaten und Berichtspflichten ist die Landesregierung verpflichtet, die Gesetze und Rechtsverordnungen auf Zielerreichung, Notwendigkeit, Verständlichkeit, Wirksamkeit, Vollzugstauglichkeit und Kostenrelevanz zu überprüfen. Zur Mitte des Jahres 2009 werden im Bereich des Ministerpräsidenten Befristungstermine wirksam, so dass Entscheidungen über die Fortexistenz der auslaufenden Rechtsnormen zu treffen sind.

B Lösung

Die zum 30. Juni 2009 vorzunehmenden Befristungsregelungen im Zuständigkeitsbereich des Ministerpräsidenten werden in einem Artikelgesetz gebündelt. Auf die Vorschriften kann nach sorgfältiger Prüfung nicht verzichtet werden. Unbeschadet einiger redaktioneller Änderungen bedürfen sie keiner grundlegenden inhaltlichen Überarbeitung.

C Alternativen

Keine.

D Kosten

Keine.

Datum des Originals: 21.04.2009/Ausgegeben: 23.04.2009

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

E Zuständigkeit

Zuständig ist die Staatskanzlei. Beteiligt sind alle Ressorts.

F Auswirkungen auf die Selbstverwaltung und die Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände

Keine.

G Finanzielle Auswirkungen auf die Unternehmen und die privaten Haushalte

Keine.

H Befristung

Die im Artikelgesetz enthaltenen Vorschriften werden weiterhin entsprechend den Vorgaben des Befristungsprojektes befristet.

Gegenüberstellung

Gesetzentwurf der Landesregierung

Auszug aus den geltenden Gesetzesbestimmungen

Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministerpräsidenten

Artikel 1

Das **Gesetz über den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen** vom 11. März 1986 (GV. NRW. S. 218), geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 274) wird wie folgt geändert:

1. § 6 Absatz 3 wird aufgehoben.

Gesetz über den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen

§ 6

(3) Das Ordenszeichen geht in das Eigentum des Beliehenen über.

2. § 8 wird aufgehoben.

§ 8

Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften erlässt der Ministerpräsident.

3. § 9 Satz 2 wird wie folgt geändert:

§ 9

Die Zahl „2009“ wird durch die Zahl „2014“ ersetzt.

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit Ablauf des 30. Juni 2009 außer Kraft.

Artikel 2

Das **Gesetz über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten (RettungstatenG)** vom 30. März 2004 (GV. NRW. S. 146) wird wie folgt geändert:

Gesetz über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten (RettungstatenG)

1. § 5 wird aufgehoben.

§ 5

Die Landesregierung erlässt eine Rechtsverordnung zur Ausführung dieses Gesetzes. Darin regelt sie insbesondere

- das Erfordernis von Wohnsitz bzw. Ort der Rettungstat in Nordrhein-Westfalen,
- Die Ausgestaltung der Rettungsmedaille,
- das Verfahren bei Ermittlungen über Rettungstaten.

2. § 6 Satz 2 wird wie folgt geändert:

§ 6

Die Zahl „2009“ wird durch die Zahl „2014“ ersetzt.

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Es tritt mit Ablauf des 30. Juni 2009 außer Kraft.

Artikel 3

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung

A Allgemeiner Teil

Aufgrund der normierten Verfallsdaten und Berichtspflichten ist die Landesregierung verpflichtet, die Gesetze und Rechtsverordnungen auf Zielerreichung, Notwendigkeit, Verständlichkeit, Wirksamkeit, Vollzugstauglichkeit und Kostenrelevanz zu überprüfen.

Ziel dieser Befristungen ist es, eine kontinuierliche Überprüfung des Normenbestandes zu ermöglichen. Aus Sicht der Landesregierung können damit die übergeordneten Ziele der Bürokratievermeidung und des Bürokratieabbaus erreicht werden.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf kommt die Landesregierung dem Auftrag nach, dem Landtag einen Vorschlag über die weitere Behandlung befristeter Vorschriften vorzulegen. Diese beziehen sich auf Normen, die Ehrungen regeln, mit denen das Land Nordrhein-Westfalen besondere Leistungen anerkennt.

B Besonderer Teil

Begründung zu Artikel 1:

Das Gesetz über den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen ermöglicht die staatliche Ehrung besonderer Verdienste um das Land Nordrhein-Westfalen und seine Bevölkerung durch das Land Nordrhein-Westfalen. Der Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen wird an Frauen und Männer ohne Ansehen der Staatsangehörigkeit verliehen. Die Zahl der lebenden Ordensinhaber soll nicht höher als zweitausendfünfhundert sein. Das Ordenszeichen hat die Form des Malteserkreuzes. Das Mittelstück ist ein rundes, silbern umrandetes Medaillon, das auf der Vorderseite das Landeswappen aufweist.

Aus Sicht der Landesregierung hat sich das Gesetz bewährt und ist nicht verzichtbar, auch nicht in Teilen. Besondere Leistungen um das Land Nordrhein-Westfalen sollen weiterhin mit dem Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen geehrt werden. Auch in fast allen anderen Bundesländern gibt es eine vergleichbare Landesauszeichnung. Weitergehende als die vorgesehenen redaktionellen Änderungen sind nicht erforderlich.

Zu Artikel 1 Ziffer 1:

Wann das Eigentum an einer Sache übergeht, ist zivilrechtlich geregelt. Daher ist § 6 Absatz 3 des Gesetzes über den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen entbehrlich und aufzuheben.

Zu Artikel 1 Ziffer 2:

Es bedarf keiner Ermächtigungsgrundlage für die Oberste Landesbehörde, Verwaltungsvorschriften zu erlassen. § 8 des Gesetzes über den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen ist daher entbehrlich und aufzuheben.

Begründung zu Artikel 2:

Das Gesetz über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten ermöglicht es dem Ministerpräsidenten, eine staatliche Anerkennung für die Rettung bzw. die versuchte Rettung von Menschen aus Lebensgefahr oder für die Abwendung einer gemeinen Gefahr (Rettungstat) die Rettungsmedaille des Landes Nordrhein-Westfalen zu verleihen bzw. eine öffentliche Belobigung auszusprechen.

Aus Sicht der Landesregierung hat sich das Gesetz bewährt und ist auch nicht verzichtbar. Der selbstlose Einsatz von Menschen, die ohne Rücksicht auf ihr Leben oder ihre Gesundheit andere Menschen aus Lebensgefahr retten, sollte auch weiterhin von staatlicher Seite ausgezeichnet werden. Auch in fast allen anderen Bundesländern gibt es eine vergleichbare Landesauszeichnung. Weitergehende als die vorgesehenen redaktionellen Änderungen sind nicht erforderlich.

Zu Artikel 2 Ziffer 1:

Die Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die staatliche Anerkennung von Rettungstaten (RettungstatenVO NRW) vom 27. April 2004 (GV. NRW. S. 224) tritt am 30. Juni 2009 außer Kraft. Sie soll im Interesse der Reduzierung des Normenbestandes nicht verlängert werden.

Soweit auch zukünftig Bedarf für ausführende Verwaltungsregelungen besteht, kann dem durch den Erlass von Verwaltungsvorschriften Rechnung getragen werden.

Die bisherige Verordnungsermächtigung des § 5 des Gesetzes über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten des Landes Nordrhein-Westfalen ist daher entbehrlich und aufzuheben.

Begründung zu Artikel 3:

Dieser Artikel regelt das In-Kraft-Treten des Artikelgesetzes.



122. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 6. Mai 2009

Mitteilungen der Präsidentin	14091	Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/9179.....	14106
1 Neuwahl und Vereidigung stellvertre- tender Wahlmitglieder des Verfas- sungsgerichtshofs für das Land Nord- rhein-Westfalen		Britta Altenkamp (SPD).....	14106
Wahlvorschlag von 135 Mitgliedern des Landtags Nordrhein-Westfalen Drucksache 14/9080.....	14091	Andrea Milz (CDU).....	14107
		Andrea Asch (GRÜNE).....	14108
		Christian Lindner (FDP)	14109
		Rüdiger Sagel (fraktionslos)	14110
		Minister Armin Laschet.....	14111
Ergebnis	14091	Ergebnis	14112
2 Straftaten bei Mai-Krawallen ent- schlossen nachgehen – Gewalt gegen Polizisten stoppen!		4 Leiden lindern – Lebensqualität verbessern – Für eine bessere Ver- sorgung von unheilbar kranken und sterbenden Menschen	
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/9135.....	14092	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/7669	
Theo Kruse (CDU)	14092	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales Drucksache 14/9060	
Horst Engel (FDP).....	14093	<u>In Verbindung mit:</u>	
Dr. Karsten Rudolph (SPD)	14094	Leiden lindern – Lebensqualität verbessern – Hospiz- und Palliativ- versorgung absichern! Für eine bes- sere Versorgung von unheilbar kran- ken und sterbenden Menschen	
Monika Düker (GRÜNE)	14096	Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/9057.....	14113
Minister Dr. Ingo Wolf.....	14097	Heike Gebhard (SPD).....	14113
Wolfram Kuschke (SPD).....	14098	Ursula Monheim (CDU).....	14115
Werner Lohn (CDU).....	14099	Dr. Stefan Romberg (FDP)	14117
Dr. Robert Orth (FDP).....	14101		
Monika Düker (GRÜNE)	14102		
Rüdiger Sagel (fraktionslos)	14103		
Gerda Kieninger (SPD).....	14104		
Winfried Schittges (CDU).....	14105		
3 Kompetenzen der Ergänzungskräfte nutzen und erweitern			
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/9074			

Barbara Steffens (GRÜNE)	14118
Minister Karl-Josef Laumann.....	14119
Ergebnis	14121

5 Verkauf von forstfiskalischen Grundstücken – Eifelflächen

Antrag
des Ministeriums
für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
auf Zustimmung gemäß § 64 Abs. 2
der Landeshaushaltsordnung
Vertrauliche Vorlage 14/37

Beschlussempfehlung
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/9051

In Verbindung damit:

Keine Einwilligung des Landtags zum Vertrag Staatswaldverkauf Eifel (Vorlage 14/2286 bzw. identische Vertrauliche Vorlage 14/37)

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/9066.....	14122
-----------------------------------------------------------------------------------------------------	-------

Peter Biesenbach (CDU)	14122
Svenja Schulze (SPD)	14123
Holger Ellerbrock (FDP).....	14125
Johannes Rimmel (GRÜNE).....	14126
Minister Eckhard Uhlenberg	14127
Markus Töns (SPD)	14129
Holger Ellerbrock (FDP).....	14130
Minister Eckhard Uhlenberg	14131
Svenja Schulze (SPD)	14131

Ergebnis	14132
----------------	-------

(Namentliche Abstimmung
siehe Anlage 1)

6 Fragestunde

Drucksache 14/9090.....	14132
-------------------------	-------

Mündliche Anfrage 287

der Abgeordneten
Dr. Anna Boos (SPD)

<i>Studierneigung in NRW nimmt ab</i>	14132
---------------------------------------------	-------

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart	14133
-------------------------------------------	-------

Mündliche Anfrage 288

der Abgeordneten
Andrea Asch (GRÜNE)

Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern für islamischen Religionsunterricht in Münster.....

14137

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart	14137
-------------------------------------------	-------

Mündliche Anfrage 293

des Abgeordneten
Frank Sichau (SPD)

Medizinische Qual im Strafvollzug?.....

14141

Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter	14141
-----------------------------------------	-------

Mündliche Anfrage 295

des Abgeordneten
Horst Becker (GRÜNE)

Politische Einflussnahme auf die am 1. Mai erteilte neue Betriebsgenehmigung des Flughafens Weeze?.....

14142

Minister Lutz Lienenkämper.....	14143
---------------------------------	-------

Mündliche Anfrage 296

der Abgeordneten
Renate Hendricks (SPD)

(Schriftliche Beantwortung
siehe Anlage 2)

Mündliche Anfrage 297

der Abgeordneten
Sigrid Beer (GRÜNE)

(Beantwortung in der
nächsten Fragestunde)

Mündliche Anfrage 298

der Abgeordneten
Sigrid Beer (GRÜNE)

(Schriftliche Beantwortung
siehe Anlage 2)

Mündliche Anfrage 299

der Abgeordneten
Monika Düker (GRÜNE)

(Schriftliche Beantwortung
siehe Anlage 2)

7 Halbjahresbericht des Petitionsausschusses.....

14146	
Inge Howe (SPD)	14146

8 Sprachförderung neu organisieren

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9073..... 14150

Renate Hendricks (SPD) 14150
Marie-Theres Kastner (CDU)..... 14152
Christian Lindner (FDP) 14153
Andrea Asch (GRÜNE)..... 14155
Ministerin Barbara Sommer..... 14157
Ingrid Hack (SPD) 14158
Walter Kern (CDU)..... 14160

Ergebnis 14161

9 Gesetz zur Bildung Einheitlicher Ansprechpartner in Nordrhein-Westfalen (EA-Gesetz NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8947
erste Lesung 14161

Ministerin Christa Thoben..... 14161
Gabriele Sikora (SPD) 14162
Oliver Wittke (CDU)..... 14163
Dietmar Brockes (FDP)..... 14164
Reiner Priggen (GRÜNE) 14164
Ministerin Christa Thoben..... 14165

Ergebnis 14166

10 Keine Verteuerung von Schulmahlzeiten – reduzierten Mehrwertsteuersatz beibehalten

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9041..... 14166

Sigrid Beer (GRÜNE) 14166
Bernd Krückel (CDU) 14166
Thomas Trampe-Brinkmann (SPD) 14168
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) 14169
Minister Dr. Helmut Linssen 14170

Ergebnis 14171

11 Für einen wirkungsvollen Diskriminierungsschutz und umfassende Teilhabe für Menschen mit Behinderungen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9075..... 14172

Norbert Killewald (SPD) 14172
Ursula Monheim (CDU)..... 14172
Dr. Robert Orth (FDP) 14173
Sigrid Beer (GRÜNE) 14174
Minister Karl-Josef Laumann..... 14175

Ergebnis 14176

12 An apple a day keeps the doctor away – Schulobstprogramm für NRW nutzen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8080

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Schule und Weiterbildung
Drucksache 14/9023..... 14176

Sigrid Beer (GRÜNE) 14176
Josef Wirtz (CDU) 14177
Marlies Stotz (SPD)..... 14178
Ralf Witzel (FDP)..... 14178
Minister Eckhard Uhlenberg 14179

Ergebnis 14180

13 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/8036

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
Drucksache 14/9031

zweite Lesung 14180

Oliver Wittke (CDU)..... 14180
Rainer Schmeltzer (SPD) 14181
Dietmar Brockes (FDP)..... 14182
Reiner Priggen (GRÜNE) 14183
Ministerin Christa Thoben 14183

Ergebnis 14184

14 Gesetz zur Änderung von Vorschriften über einen Bergmannsversorgungsschein im Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7925

Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/9175	Ergebnis	14198
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales Drucksache 14/9061		
zweite Lesung	14184	
Norbert Post (CDU)	14184	
Günter Garbrecht (SPD)	14185	
Dr. Robert Orth (FDP)	14186	
Reiner Priggen (GRÜNE)	14186	
Ministerin Christa Thoben	14186	
Ergebnis	14187	
15 Planungen für den Rhein-Ruhr-Express: Regional bedeutsame Haltepunkte in Düsseldorf-Benrath, Köln-Mülheim und Wattenscheid dürfen nicht abgehängt werden!		
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/9065	14187	
Horst Becker (GRÜNE)	14187	
Olaf Lehne (CDU)	14188	
Bodo Wißen (SPD)	14189	
Christof Rasche (FDP)	14190	
Minister Lutz Lienenkämper	14192	
Monika Düker (GRÜNE)	14193	
Dr. Robert Orth (FDP)	14193	
Ergebnis	14194	
(Namentliche Abstimmung siehe Anlage 3)		
16 Schützt den Mittelstand vor der Kre- ditklemme!		
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/6679		
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie Drucksache 14/8898	14194	
Helene Hammelrath (SPD)	14194	
Christian Weisbrich (CDU)	14195	
Dietmar Brockes (FDP)	14196	
Reiner Priggen (GRÜNE)	14196	
Ministerin Christa Thoben	14197	
17 Schwarz-Gelb runter von der Bremse: Investitionsprogramm Emissionshan- del für NRW jetzt		
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/8324		
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie Drucksache 14/8899	14199	
André Stinka (SPD)	14199	
Christian Weisbrich (CDU) (auch zu Protokoll - siehe Anlage 4)	14200	
Dietmar Brockes (FDP)	14200	
Reiner Priggen (GRÜNE)	14200	
Ministerin Christa Thoben (auch zu Protokoll - siehe Anlage 4)	14200	
Ergebnis	14201	
18 Mobilfunk darf der Kultur nicht dazwi- schen funken Umfassende Prüfung der Auswirkun- gen einer Umverteilung des Fre- quenzbandes von 790 bis 862 MHz er- forderlich		
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/9070		
Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/9180	14201	
Oliver Keymis (GRÜNE)	14201	
Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU)	14202	
Marc Jan Eumann (SPD)	14203	
Angela Freimuth (FDP)	14203	
Minister Andreas Krautscheid	14204	
Ergebnis	14204	
19 Gesetz zur Änderung des Landesrich- tergesetzes (Landesrichtergesetz - LRiG)		
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/8903		
erste Lesung	14204	

Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter Zu Protokoll - siehe Anlage 5		23 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit	
Ergebnis	14204	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/8781	
20 Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministerpräsidenten		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform Drucksache 14/9083	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/9022		zweite Lesung	14205
erste Lesung	14205	Ergebnis	14205
Ergebnis	14205		
21 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung eines Kostenfolgeab- schätzungs- und Beteiligungsverfah- rens gemäß Artikel 78 Abs. 3 der Ver- fassung für das Land Nordrhein- Westfalen (Konnexitätsausführungs- gesetz – KonnexAG)		24 Illegale Greifvogelverfolgung in NRW bekämpfen!	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/8780		Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/9077.....	14205
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform Drucksache 14/9081		Ergebnis	14206
zweite Lesung	14205		
Ergebnis	14205	25 Milchbauern brauchen faire Preise statt Weltmarkt mit Exportsubventio- nen	
22 Gesetz zur Änderung verwaltungsver- fahrens-, zustellungs- und gebühren- rechtlicher Regelungen zur Umset- zung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in das Landesrecht von Nordrhein- Westfalen und weiterer Anpassungen		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/9069.....	14206
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/8025		Ergebnis	14206
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform Drucksache 14/9082			
zweite Lesung	14205	26 In den Ausschüssen erledigte Anträge	
Ergebnis	14205	Übersicht 49	
		Abstimmungsergebnisse der Ausschüsse zu Drucksachen	
		AGS 14/8322 AWME 14/8331 KA 14/8334 IA 14/8715	
		Drucksache 14/9084.....	14206
		Ergebnis	14206
		27 Beschlüsse zu Petitionen	
		Übersicht 14/53.....	14206
		Ergebnis	14206

Anlage 1 14207

Namentliche Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/9066 „Keine Einwilligung des Landtags zum Vertrag Staatswaldverkauf Eifel“ – TOP 5

Anlage 2 14215

Schriftliche Beantwortung Mündlicher Anfragen (TOP 6 – Fragestunde)

Schriftliche Beantwortung der Mündlichen Anfrage 296

der Abgeordneten
Renate Hendricks (SPD)

Ausbau von OGS-Plätzen im Primarbereich 14215

Schriftliche Beantwortung der Mündlichen Anfrage 298

der Abgeordneten
Sigrid Beer (GRÜNE)

„Geheimes“ Gutachten und Schulleitung als kommunale Wahlbeamte 14216

Schriftliche Beantwortung der Mündlichen Anfrage 299

der Abgeordneten
Monika Düker (GRÜNE)

Warum war die Polizei nicht ausreichend auf den Überfall von 300 Neonazis bei der Dortmunder 1.-Mai-Kundgebung vorbereitet? 14216

Anlage 3 14219

Namentliche Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/9065 „Planungen für den Rhein-Ruhr-Express: Regional bedeutsame Haltepunkte in Düsseldorf-Benrath, Köln-Mülheim und Wattenscheid dürfen nicht abgehängt werden!“ – TOP 15

Anlage 4 14227

Zu TOP 17 – „Schwarz-Gelb runter von der Bremse: Investitionsprogramm Emissionshandel für NRW jetzt“ – zu Protokoll gegebene Reden

Christian Weisbrich (CDU) 14227
Ministerin Christa Thoben 14228

Anlage 5 14231

Zu TOP 19 – Gesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes (Landesrichtergesetz – LRiG) – zu Protokoll gegebene Rede

Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter 14231

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
(ab 18:30 Uhr)

Minister Armin Laschet
(ab 13:00 Uhr)

Minister Karl-Josef Laumann
(ab 18:45 Uhr)

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart
(ab 17:30 Uhr)

Dr. Michael Brinkmeier (CDU)

Dr. Wilhelm Droste (CDU)

Marie-Luise Fasse (CDU)

Thomas Jarzombek (CDU)

Werner Jostmeier (CDU)
(bis 14:00 Uhr)

Manfred Luckey (CDU)
(bis 12:30 Uhr)

Rainer Lux (CDU)

Dr. Jens Petersen (CDU)
(ab 18:00 Uhr)

Rainer Bischoff (SPD)
(bis 12:00 Uhr)

Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD)

Marc Jan Eumann (SPD)
(bis 10:45 Uhr)

Hans-Willi Körfges (SPD)
(bis 14:00 Uhr)

Hannelore Kraft (SPD)

Norbert Römer (SPD)
(ab 16:00 Uhr)

Cornelia Ruhkemper (SPD)
(ab 15:00 Uhr)

Petra Schneppe (SPD)
(bis 13:00 und ab 15:00 Uhr)

Gerd Stüttgen (SPD)
(ab 16:00 Uhr)

Jürgen Unruhe (SPD)

Gisela Walsken (SPD)
(bis 12:30 Uhr)

Dr. Stefan Romberg (FDP)
(ab 14:00 Uhr)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE)
(10:30 bis 14:00 Uhr)

20 Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministerpräsidenten

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9022

erste Lesung

Zur Einbringung dieses Gesetzentwurfs erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Krautscheid, wenn er es denn wünscht, das Wort. – Das scheint nicht der Fall zu sein.

(Heiterkeit und Beifall)

Damit schließe ich die Beratung, und wir **überweisen** den **Gesetzentwurf Drucksache 14/9022** so, wie es der Ältestenrat vorgeschlagen hat, direkt an den **Hauptausschuss**. Wer ist dafür? – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

21 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung eines Kostenfolgeabschätzungs- und Beteiligungsverfahrens gemäß Artikel 78 Abs. 3 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Konnexitätsausführungsgesetz – KonnexAG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8780

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Kommunalpolitik und
Verwaltungsstrukturreform
Drucksache 14/9081

zweite Lesung

Eine Debatte ist nicht vorgesehen.

Wir stimmen ab. Der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/9081**, den Gesetzentwurf Drucksache 14/8780 unverändert anzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Dieser Empfehlung wurde einstimmig **gefolgt**. Damit ist der Gesetzentwurf verabschiedet.

Wir kommen zu:

22 Gesetz zur Änderung verfahrens-, zustellungs- und gebührenrechtlicher Regelungen zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in das Landesrecht von Nordrhein-Westfalen und weiterer Anpassungen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8025

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Kommunalpolitik und
Verwaltungsstrukturreform
Drucksache 14/9082

zweite Lesung

Eine Debatte ist auch hier nicht vorgesehen.

Wir stimmen direkt ab. Der kommunalpolitische Ausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/9082**, den Gesetzentwurf Drucksache 14/8025 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer ist dafür? – Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Keiner. Enthaltungen? – Oppositionsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist diese Empfehlung **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Wir kommen zu:

23 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8781

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Kommunalpolitik und
Verwaltungsstrukturreform
Drucksache 14/9083

zweite Lesung

Auch hier gibt es keine Debatte.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Kommunalpolitik empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/9083**, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/8781 unverändert anzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann hat das Parlament einstimmig in zweiter Lesung so **beschlossen**.

Wir kommen zu:

24 Illegale Greifvogelverfolgung in NRW bekämpfen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9077



Hauptausschuss

63. Sitzung (öffentlich)

19. Mai 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 14:30 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministerpräsidenten** **3**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9022

- Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP in Abwesenheit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gebilligt.

- 2 Neue Perspektiven der Zusammenarbeit im europäischen Raum** **4**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/8089

- abschließende Beratung und Abstimmung

Aus der Diskussion

1 Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministerpräsidenten

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9022

- Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung

(vom Plenum am 6. Mai 2009 zur alleinigen Beratung an den Hauptausschuss überwiesen)

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP in Abwesenheit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gebilligt.

20.05.2009

Beschlussempfehlung und Bericht

des Hauptausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9022

2. Lesung

Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministerpräsidenten

Berichterstatter Abg. Werner Jostmeier

Beschlussempfehlung

Das Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/9022, wird unverändert angenommen

Datum des Originals: 20.05.2009/Ausgegeben: 20.05.2009

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Landesregierung "Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministerpräsidenten", Drucksache 14/9022, wurde durch das Plenum am 6. Mai 2009 zur alleinigen Beratung an den Hauptausschuss überwiesen.

Sowohl das Gesetz über den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen (Artikel I des Gesetzentwurfs) sowie das Gesetz über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten (Artikel II des Gesetzentwurfs) würden mit Ablauf des 30. Juni 2009 außer Kraft treten. Mit dem Gesetzentwurf legt die Landesregierung den Vorschlag vor, die Befristung beider Gesetze nunmehr bis zum Ablauf des 30. Juni 2014 vorzusehen. Im Übrigen werden überflüssige Ermächtigungsnormen, in Bezug auf den Erlass von Verwaltungsvorschriften, beseitigt.

B Beratungen

Der Hauptausschuss überwiesene Gesetzentwurf der Landesregierung in der Sitzung am 19. Mai 2009 zur Beratung aufgerufen. Eine inhaltliche Aussprache erfolgte nicht.

C Abstimmung/Ergebnis

Dem Gesetzentwurf stimmten die anwesenden Mitglieder der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD sowie der Fraktion der FDP zu. Das Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war im Zeitpunkt der Abstimmung entschuldigt.

Damit empfiehlt der Hauptausschuss einstimmig, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/9022, unverändert anzunehmen.

Werner Jostmeier
(Vorsitzender)



124. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 27. Mai 2009

Mitteilungen der Präsidentin 14337

1 Landesregierung tief gespalten und handlungsunfähig bei Opel-Rettung

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9294..... 14337

Reiner Priggen (GRÜNE) 14337
Oliver Wittke (CDU)..... 14338
Hannelore Kraft (SPD) 14340
Dr. Gerhard Papke (FDP) 14341
Ministerin Christa Thoben 14343
Carina Gödecke (SPD) 14344
Christian Weisbrich (CDU)..... 14345
Dietmar Brockes (FDP)..... 14347
Reiner Priggen (GRÜNE) 14347
Rüdiger Sagel (fraktionslos) 14349
Thomas Eiskirch (SPD) 14350
Lothar Hegemann (CDU)..... 14351
Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers ... 14352

2 Kein Geschäftsmodell! Kein Vorstandsvorsitzender! Keine Zukunft? Welche Pläne hat der Ministerpräsident nun mit der WestLB?

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9273..... 14355

Gisela Walsken (SPD) 14355
Christian Weisbrich (CDU)..... 14356
Angela Freimuth (FDP) 14358
Sylvia Löhrmann (GRÜNE) 14359
Minister Dr. Helmut Linssen 14361
Anke Brunn (SPD)..... 14366
Volkmar Klein (CDU)..... 14367
Rüdiger Sagel (fraktionslos) 14368

Ergebnis 14369

3 Schuldenbremse für eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte umsetzen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/9259

Entschließungsantrag
des Abg. Rüdiger Sagel (fraktionslos)
Drucksache 14/9301 14369

Volkmar Klein (CDU) 14369
Angela Freimuth (FDP) 14371
Hans-Willi Körfges (SPD)..... 14372
Ewald Groth (GRÜNE)..... 14374
Minister Dr. Helmut Linssen..... 14375
Markus Töns (SPD)..... 14378
Volkmar Klein (CDU)..... 14379
Horst Becker (GRÜNE)..... 14379
Rüdiger Sagel (fraktionslos) 14380
Minister Dr. Helmut Linssen..... 14381
Gisela Walsken (SPD) 14383
Ewald Groth (GRÜNE)..... 14384

Ergebnis 14384

4 Erzieherinnen und Erzieher verdienen mehr Gehalt

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9262..... 14384

Andrea Asch (GRÜNE)..... 14384
Thomas Jarzombek (CDU)..... 14386
Wolfgang Jörg (SPD) 14387
Christian Lindner (FDP) 14388
Minister Armin Laschet..... 14390
Ingrid Hack (SPD) 14392
Marie-Theres Kastner (CDU)..... 14394
Andrea Asch (GRÜNE)..... 14394

Ergebnis 14395

5 Landesregierung muss sich Konsequenzen ihres Abfallwirtschaftsplans stellen

Eilantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9295

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9312..... 14395

Stephan Gatter (SPD)..... 14395
Hubert Schulte (CDU)..... 14396
Holger Ellerbrock (FDP)..... 14397
Johannes Rimmel (GRÜNE)..... 14398
Minister Eckhard Uhlenberg 14400

Ergebnis 14402

6 Attraktivität der freiwilligen Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen erhalten und steigern – Altersversorgung für ehrenamtliche Feuerwehrleute schaffen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9272..... 14402

Dr. Karsten Rudolph (SPD) 14402
Wolfgang Schmitz (CDU)..... 14403
Monika Düker (GRÜNE) 14404
Horst Engel (FDP)..... 14405
Minister Dr. Ingo Wolf..... 14406

Ergebnis 14407

7 Zeichen setzen gegen Schlankheitswahn und extremes Übergewicht!

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/9258..... 14407

Maria Westerhorstmann (CDU)..... 14407
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) 14408
Ursula Meurer (SPD) 14409
Barbara Steffens (GRÜNE) 14410
Minister Armin Laschet 14412

Ergebnis 14413

8 Keine Schießstände an Schulen und Kindertagesstätten

Antrag
der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9263..... 14413

Sigrid Beer (GRÜNE)..... 14413
Horst-Emil Ellinghaus (CDU) 14414
Thomas Stotko (SPD) 14415
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) 14416
Ministerin Barbara Sommer 14417
Sigrid Beer (GRÜNE)..... 14418
Sylvia Löhrmann (GRÜNE)
(zur GeschO) 14418

Ergebnis 14418

9 Rechtssicherheit der Daseinsvorsorge langfristig sichern

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9200..... 14419

Wolfram Kuschke (SPD)..... 14419
Ilka von Boeselager (CDU) 14420
Horst Engel (FDP)..... 14421
Horst Becker (GRÜNE)..... 14422
Minister Lutz Lienenkämper..... 14423

Ergebnis 14424

10 Gesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes (Landesrichtergesetz – LRiG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8903

Beschlussempfehlung und Bericht
des Rechtsausschusses
Drucksache 14/9276

zweite Lesung 14424

Ergebnis 14424

11 Zukunft des Wohnens in NRW

Große Anfrage 26
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8095

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 14/8725..... 14425

Horst Becker (GRÜNE)..... 14425
Heinz Sahren (CDU) 14426
Norbert Römer (SPD) 14427
Christof Rasche (FDP)..... 14429

Minister Lutz Lienenkämper	14430
Dieter Hilser (SPD).....	14432
Bernhard Schemmer (CDU).....	14433
Horst Becker (GRÜNE).....	14434

Ergebnis 14435

12 Medienkompetenz in Nordrhein-Westfalen – Was macht die Koalition?

Große Anfrage 24
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7725

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 14/8726..... 14435

Marc Jan Eumann (SPD).....	14435
Thomas Jarzombek (CDU).....	14438
Ralf Witzel (FDP).....	14440
Oliver Keymis (GRÜNE).....	14442
Minister Lutz Lienenkämper	14444

Ergebnis 14446

13 Nachhaltig beschaffen: Staat muss verantwortlich handeln und ökologisch und sozial einkaufen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9264..... 14446

Johannes Rimmel (GRÜNE).....	14446
Josef Hovenjürgen (CDU).....	14447
Stefanie Wiegand (SPD).....	14448
Holger Ellerbrock (FDP).....	14449
Minister Eckhard Uhlenberg	14450

Ergebnis 14451

14 Mehr Frauen in die Aufsichtsräte

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9267

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9311..... 14451

Gerda Kieninger (SPD).....	14451
Andrea Milz (CDU).....	14452
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)	14453
Barbara Steffens (GRÜNE)	14454
Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter	14455

Ergebnis 14456

15 Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9265

erste Lesung 14457

Horst Becker (GRÜNE).....	14457
Hubert Schulte (CDU).....	14457
Thomas Eiskirch (SPD).....	14458
Holger Ellerbrock (FDP).....	14459
Minister Eckhard Uhlenberg	14460
Thomas Eiskirch (SPD).....	14461

Ergebnis 14461

16 Studentenwerke in NRW brauchen mehr Unterstützung

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9266..... 14462

Ergebnis 14462

17 Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministerpräsidenten

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9022

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses
Drucksache 14/9277

zweite Lesung 14462

Ergebnis 14462

18 Erstes Gesetz zur Änderung des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe – für das Land Nordrhein-Westfalen (AG-SGB XII)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8861

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Drucksache 14/9133

zweite Lesung 14462

Ergebnis 14462

19 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Übersicht 50

Abstimmungsergebnisse
der Ausschüsse zu Drucksachen

ASchW 14/4010

HPA 14/8089

AUNLV 14/8540

HPA 14/8553

RA 14/8870

AUNLV 14/9077

Drucksache 14/9278..... 14462

Ergebnis 14462

20 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 14/54..... 14462

Ergebnis 14462

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
(ab 14:30 Uhr)

Minister Andreas Krautscheid

Minister Dr. Helmut Linssen
(ab 16:00 Uhr)

Ministerin Christa Thoben
(ab 11:30 Uhr)

Holger Müller (CDU)
(bis 11:00 Uhr)

Karl Kress (CDU)

Theo Kruse (CDU)

Marc Ratajczak (CDU)

Annegret Krauskopf (SPD)

Claudia Scheler (SPD)

Helga Schwarz-Schumann (SPD)

Frank Sichau (SPD)

16 Studentenwerke in NRW brauchen mehr Unterstützung

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9266

Eine Beratung ist heute nicht vorgesehen. Die Beratung erfolgt erst nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses.

Wir stimmen deshalb direkt über die Überweisungsempfehlung ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/9266** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie**. Wer ist dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann ist die Überweisung einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf:

17 Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministerpräsidenten

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9022

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses
Drucksache 14/9277

zweite Lesung

Eine Beratung ist nicht vorgesehen.

Wir kommen direkt zur Abstimmung. Der Hauptausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/9277**, den Gesetzentwurf Drucksache 14/9022 unverändert anzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig **beschlossen** und das Gesetz in zweiter Lesung verabschiedet.

Ich rufe auf:

18 Erstes Gesetz zur Änderung des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe – für das Land Nordrhein-Westfalen (AG-SGB XII)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8861

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Drucksache 14/9133

zweite Lesung

Heute ist keine Beratung vorgesehen. So haben wir uns verständigt.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/9133**, den Gesetzentwurf Drucksache 14/8861 unverändert anzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig **beschlossen** und das Gesetz in zweiter Lesung verabschiedet.

Ich rufe auf:

19 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Übersicht 50

Abstimmungsergebnisse
der Ausschüsse zu Drucksachen

ASchW	14/4010
HPA	14/8089
AUNLV	14/8540
HPA	14/8553
RA	14/8870
AUNLV	14/9077

Drucksache 14/9278

Die Übersicht 50 gemäß § 79 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags enthält sechs Anträge, die vom Plenum an die Ausschüsse zur abschließenden Erledigung überwiesen wurden. Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ist aus der Übersicht ersichtlich.

Ich lasse abstimmen über die **Bestätigung des Abstimmungsverhaltens** der Fraktionen in den Ausschüssen entsprechend der **Übersicht 50**. Wer ist dafür? Den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den letzten Tagesordnungspunkt auf:

20 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 14/54

Mit der genannten Übersicht liegen Ihnen Beschlüsse zu Petitionen vor. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann stelle ich gemäß § 91 unserer Geschäftsordnung fest, dass die **Beschlüsse zu Petitionen** in der **Übersicht 14/54** durch Ihre Kenntnisnahme **bestätigt** sind.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat am 27. Mai 2009 folgendes Gesetz beschlossen:

G e s e t z
zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich
des Ministerpräsidenten

**Noch nicht
im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW
veröffentlicht**
**Nachträgliche redaktionelle Berichtigungen zu dieser Ausfertigung
sind nicht auszuschließen**

Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministerpräsidenten

Artikel 1

Das **Gesetz über den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen** vom 11. März 1986 (GV. NRW. S. 218), geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 274) wird wie folgt geändert:

1. § 6 Absatz 3 wird aufgehoben.
2. § 8 wird aufgehoben.
3. § 9 Satz 2 wird wie folgt geändert:

Die Zahl „2009“ wird durch die Zahl „2014“ ersetzt.

Artikel 2

Das **Gesetz über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten (RettungstatenG)** vom 30. März 2004 (GV. NRW. S. 146) wird wie folgt geändert:

1. § 5 wird aufgehoben.
2. § 6 Satz 2 wird wie folgt geändert:

Die Zahl „2009“ wird durch die Zahl „2014“ ersetzt.

Artikel 3

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

63. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 30. Juni 2009

Nummer 16

Glied.- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
113	9. 6. 2009	Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministerpräsidenten	328
201 640		Berichtigung des Gesetzes zur Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes in Nordrhein-Westfalen vom 2. April 2009	328
2030	27. 5. 2009	Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes bei Justizvollzugseinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen (VAPaVollzd/WD)	328
2125	25. 5. 2009	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes	334
2170	9. 6. 2009	Erstes Gesetz zur Änderung des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe – für das Land Nordrhein-Westfalen (AG-SGB XII)	335
2170	9. 6. 2009	Verordnung über die Regelsätze der Sozialhilfe	335
223	18. 6. 2009	Verordnung über den Zugang zum nordrhein-westfälischen Vorbereitungsdienst für Lehrämter an Schulen und Voraussetzungen bundesweiter Mobilität (Lehramtzugangsverordnung – LZV)	344
223		Berichtigung der Verordnung zur Änderung von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen gemäß § 52 Schulgesetz NRW vom 29. April 2009	336
223	19. 6. 2009	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz für das Schuljahr 2009/2010	336
2251	8. 6. 2009	Bekanntmachung des In-Kraft-Tretens des Zwölften Staatsvertrages zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zwölfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)	337
282	9. 6. 2009	Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz (ZustVU) Vom 9. Juni 2009	337
301	25. 5. 2009	Sechste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die elektronische Registerführung und die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Nordrhein-Westfalen in Registersachen	340
312	9. 6. 2009	Gesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes (Landesrichtergesetz – LRiG –)	341
600	17. 6. 2009	Neunundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten der Finanzämter	342
7831	16. 6. 2009	Verordnung zur Übertragung von Verwaltungsbefugnissen zur landesweiten Sanierung der Rinderbestände von dem Bovinen Herpesvirus Typ 1	343
	11. 5. 2009	Genehmigung der 8. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, im Gebiet der Gemeinde Kreuzau	343

113

**Gesetz zur Änderung
der gesetzlichen Befristungen
im Zuständigkeitsbereich
des Ministerpräsidenten**

Vom 9. Juni 2009

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

**Gesetz zur Änderung
der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich
des Ministerpräsidenten**

Artikel 1

Das Gesetz über den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen vom 11. März 1986 (GV. NRW. S. 218), geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 274), wird wie folgt geändert:

1. § 6 Absatz 3 wird aufgehoben.
2. § 8 wird aufgehoben.
3. § 9 Satz 2 wird wie folgt geändert:

Die Zahl „2009“ wird durch die Zahl „2014“ ersetzt.

Artikel 2

Das Gesetz über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten (RettungstatenG) vom 30. März 2004 (GV. NRW. S. 146) wird wie folgt geändert:

1. § 5 wird aufgehoben.
2. § 6 Satz 2 wird wie folgt geändert:

Die Zahl „2009“ wird durch die Zahl „2014“ ersetzt.

Artikel 3

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 9. Juni 2009

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

(L. S.) Dr. Jürgen Rüttgers

Der Innenminister

Dr. Ingo Wolf

– GV. NRW. 2009 S. 328

201

640

**Berichtigung
des Gesetzes zur Umsetzung
des Zukunftsinvestitionsgesetzes
in Nordrhein-Westfalen
vom 2. April 2009**

Das Gesetz zur Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes in Nordrhein-Westfalen vom 2. April 2009 (GV. NRW. S. 187) wird wie folgt berichtigt:

In Artikel 1 „Gesetz zur Förderung zusätzlicher Investitionen in Nordrhein-Westfalen“ werden in § 1 Abs. 1 Satz 2 nach der Fundstelle des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland (BGBl. I S. 416) die Worte „und der dazugehörigen Verwaltungsvereinbarung zur Verfügung“ eingefügt.

– GV. NRW. 2009 S. 328

2030

**Verordnung
über die Ausbildung und Prüfung
für die Laufbahnen des allgemeinen
Vollzugsdienstes und des Werkdienstes
bei Justizvollzugseinrichtungen
des Landes Nordrhein-Westfalen
(VAPaVollzd/WD)**

Vom 27. Mai 2009

Aufgrund des § 6 des Landesbeamtengesetzes vom 21. April 2009 (GV. NRW. S. 224) wird im Einvernehmen mit dem Innenministerium und dem Finanzministerium verordnet:

Teil 1

Einstellung und Zulassung

§ 1

Einstellungsvoraussetzungen

(1) Zur Ausbildung für die Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes bei Justizvollzugsanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen kann zugelassen werden, wer

1. die gesetzlichen Voraussetzungen für die Ernennung zur Beamtin oder zum Beamten erfüllt,
2. nach charakterlichen, geistigen und körperlichen Anlagen sowie in gesundheitlicher Hinsicht für die Laufbahn geeignet ist,
3. mindestens
 - a) eine Realschule mit Erfolg besucht hat oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand besitzt,
 - b) eine Hauptschule mit Erfolg besucht hat oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand besitzt sowie
 - aa) eine förderliche abgeschlossene Berufsausbildung oder
 - bb) eine abgeschlossene Ausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis nachweist,
4. im Zeitpunkt der Einstellung das 20. Lebensjahr vollendet hat und noch nicht 28 Jahre, bei Besitz eines Eingliederungsscheins oder eines Zulassungsscheins noch nicht 40 Jahre alt ist. Bei höherem Alter darf die Einstellung nur erfolgen, wenn für die spätere Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe eine Ausnahme von § 6 Absatz 1 der Laufbahnverordnung (LVO) in Aussicht gestellt oder erteilt worden ist.

(2) Zur Ausbildung für die Laufbahn des Werkdienstes kann nur zugelassen werden, wer zusätzlich die Meisterprüfung der geforderten Fachrichtung bestanden hat.

§ 2

Bewerbung

(1) Das Bewerbungsgesuch ist an die Justizvollzugsanstalt zu richten, bei der die Einstellung gewünscht wird.

(2) Der Bewerbung sind beizufügen:

1. ein selbst verfasster und eigenhändig geschriebener Lebenslauf,
2. ein Lichtbild aus neuester Zeit,
3. eine beglaubigte Ablichtung des Schulzeugnisses und/oder beglaubigte Ablichtungen der Zeugnisse und Bescheinigungen, durch die die Voraussetzungen des § 1 Nummern 3 und 4 dieser Verordnung nachgewiesen werden,
4. beglaubigte Ablichtungen von Zeugnissen über die Tätigkeiten seit der Schulentlassung,
5. eine Erklärung, ob eine gerichtliche Vorstrafe vorliegt und ob ein gerichtliches Strafverfahren oder ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft anhängig ist,



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

63. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 14. Juli 2009

Nummer 17

Glied.-Nr.	Datum	Inhalt	Seite
1112	30. 6. 2009	Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes	372
1112	3. 7. 2009	Neunte Verordnung zur Änderung der Kommunalwahlordnung	372
113	6. 7. 2009	Berichtigung des Gesetzes zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministerpräsidenten	378
223	18. 6. 2009	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Modellversuchs „Gestufte Studiengänge in der Lehrerausbildung“ (VO-B/M)	373
223	1. 7. 2009	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bildung von regierungsbezirksübergreifenden Schuleinzugsbereichen für Bezirksfachklassen des Bildungsgangs Berufsschule an Berufskollegs ...	374
763	4. 6. 2009	Satzung der Lippische Landes-Brandversicherungsanstalt	375
	30. 6. 2009	Landtagswahl 2010; Wahlausschreibung; Bekanntmachung der Landesregierung	373
	8. 7. 2009	Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen und die Vergabe von Studienplätzen im ersten Fachsemester für das Wintersemester 2009/2010	350
	8. 4. 2009	Genehmigung der 55. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf im Gebiet der Gemeinde Kranenburg	373

Seit 1. Januar 2007 ist die **CD-ROM** neu gestaltet und preisgünstiger.

Die CD-ROM wird jetzt als Doppel-CD „SGV. NRW. und SMBl. NRW.“ herausgegeben.

Sie enthält somit stets das gesamte Landesrecht und alle Verwaltungsvorschriften (Erlasse) auf dem aktuellen Stand.

Im Abonnement kostet diese Doppel-CD nicht mehr als früher eine Einzel-CD, nämlich nur 77 € pro Jahr.

Die aktuelle CD-ROM, Stand 1. Januar 2009, ist erhältlich.

Das **Bestellformular** mit den Preisen befindet sich im **GV-Blatt 2006 Nr. 29, S. 472.**

Informationen zur CD-ROM finden Sie auch im Internet über das Portal: <http://sgv.im.nrw.de>.

Hinweis:

Die Gesetz- und Verordnungsblätter, die Ministerialblätter, die Sammlung aller Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) sowie die Sammlung der in Teil I des MBl. NRW. veröffentlichten Erlasse (SMBl. NRW.) stehen **im Intranet des Landes NRW** zur Verfügung.

Dasselbe wird **auch im Internet angeboten**. Die Adresse ist: <http://sgv.im.nrw.de>. Hingewiesen wird auf die kostenlosen Angebote im Internet unter der genannten Adresse. Dort finden Sie Links zu vielen qualitativ hochwertigen Rechtsangeboten.

Wollen Sie die Inhaltsangabe eines jeden neuen Gesetzblattes oder Ministerialblattes per Mail zugesandt erhalten? Dann können Sie sich in das **Newsletter-Angebot** der Redaktion eintragen. Adresse: <http://sgv.im.nrw.de>, dort: kostenlose Angebote.

§ 14

Auflösung der Anstalt

Im Falle der Auflösung der Anstalt fällt das nach Abzug der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen der Anstalt den jeweiligen Gewährträgern im Verhältnis ihrer Anteile am Stammkapital zu.

§ 15

Bekanntmachungen der Anstalt

(1) Bekanntmachungen der Anstalt werden im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Detmold veröffentlicht. Die Bekanntmachung des Jahresabschlusses erfolgt im Bundesanzeiger.

(2) Die Satzung sowie Satzungsänderungen werden im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen veröffentlicht.

§ 16

Sicherheitsrücklage

Die Anstalt hat eine Sicherheitsrücklage in Höhe von 20 v. H. der Nettobeitragseinnahmen. Eine Entnahme aus der Sicherheitsrücklage ist möglich zum Ausgleich eines Jahresfehlbetrages, soweit er nicht durch einen Gewinnvortrag aus dem Vorjahr gedeckt und nicht durch Auflösung anderer Gewinnrücklagen ausgeglichen werden kann oder zum Ausgleich eines Verlustvortrages aus dem Vorjahr, soweit er nicht durch einen Jahresüberschuss gedeckt ist und nicht durch die Auflösung anderer Gewinnrücklagen ausgeglichen werden kann. Eine Verzinsung des Stammkapitals gemäß § 4 Absatz 1 kann erst nach Wiederauffüllung der Sicherheitsrücklage vorgenommen werden.

§ 17

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt auf den ihrer Veröffentlichung folgenden Tag in Kraft. Mit Inkrafttreten dieser Satzung tritt die bisherige Satzung vom 19. August 1994, zuletzt geändert am 23. August 2000, außer Kraft.

Nach Genehmigung durch das Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen ausgefertigt.

Düsseldorf, den 17. Juni 2009

Ulrich J a n s e n

Vorsitzender der Gewährträgerversammlung

- GV. NRW. 2009 S. 375

113

**Berichtigung
des Gesetzes zur Änderung der gesetzlichen
Befristungen im Zuständigkeitsbereich
des Ministerpräsidenten**

Vom 6. Juli 2009

Das Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministerpräsidenten vom 9. Juni 2009 (GV. NRW. S. 328) wird wie folgt berichtigt:

In Artikel 3 wird der Satz „Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.“ durch den Satz „Das Gesetz tritt am Tage der Verkündung in Kraft.“ ersetzt.

- GV. NRW. 2009 S. 378

Einzelpreis dieser Nummer 5,40 Euro

zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 38 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf

Bezugspreis halbjährlich 33,50 Euro (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 67,- Euro (Kalenderjahr), zahlbar im Voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 41, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-5359